

Aussprache

Der Feind steht rechts - nicht links

(Zum Beitrag von Bernt Engelmann in
den Gewerkschaftl. Monatsheften, 7/75.)

Bernt Engelmann behandelt — wie
andere Beiträge im Juli-Heft der Gewerk-
schaftlichen Monatshefte — die Lage der
Gewerkschaften vor dem Beginn der Hit-

ler-Diktatur 1933 und das Verhalten der
freien Gewerkschaftsführung unmittelbar
vor und nach dem 30. Januar bis zur Ver-
nichtung der Gewerkschaften am 2. Mai
1933.

Die Kritik, die Engelmann, und er
nicht allein, am Verhaken der Gewerk-
schaftsführung übt, leidet unter einer sehr
einseitigen und deshalb unvollkommenen
und darum unrichtigen Betrachtung. Es
besteht gar kein Zweifel, daß der Versuch
der Gewerkschaftsführung damals — näm-
lich kurz nach der „Machtergreifung“ zu

einer Art Burgfrieden mit den Nazis zu kommen und zu glauben, daß man so die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Bestand retten könne — ein heute fast unverständlicher Fehler war. Daß man aber damals überhaupt noch eine Chance gehabt hätte, durch offenen Widerstand die Nazis zu besiegen und das Dritte Reich zu verhindern, ist ein törichter Schluß, den nur jemand ziehen kann, der die Dinge nicht miterlebt hat und die tatsächliche Lage nicht verstehen kann oder verstehen will.

Als einer, der damals immerhin bereits 30 Jahre alt, seit 1925 aktives Gewerkschaftsmitglied und seit 1928 u. a. Bezirksleiter einer Gewerkschaft war, darf ich mir ein Urteil darüber erlauben, was möglich und was unmöglich war. Als ich als junger Mensch zunächst im Republikanischen Jugendbund und ab 1923 im Reichsbanner als aktives Mitglied (lange Jahre im Vorstand meiner Kameradschaft Berlin-Charlottenburg) an den Auseinandersetzungen mit den Gegnern der Weimarer Republik teilnahm, gab es vor allem zwei Gruppen, mit denen wir uns oft genug in blutigen Auseinandersetzungen herumzuschlagen hatten: den Stahlhelm und die Nazis — und den Roten Frontkämpferbund der Kommunisten. Beide waren erbitterte Feinde der Demokratie. Beide scheuten nichts, unseren Kampf für die Erhaltung der freiheitlichen Ordnung mit allen Mitteln der Gewalt zu bekämpfen. Beide waren in ihrem Haß gegen uns (Sozialdemokraten, liberale Demokraten und Zentrumleute sowie alle Gewerkschaften mit Ausnahme des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, DHV) in einem einig, nämlich in der Absicht, uns und die freiheitliche Demokratie, die wir vertraten, zu vernichten.

Es war schon eine besondere Tat, daß es uns z. B. in Berlin-Charlottenburg gelang, nach dem Immer-stärker-werden von SA und SS eine Vereinbarung mit Rot-Front zustande zu bringen, daß wir uns wenigstens nicht gegenseitig auf den Straßen zum Gelächter der Nazis in bürgerkriegsähnlichen Schlachten herumprügelten

bzw. verwundeten und auch — was keineswegs einzigartig war — totschlugen.

Es wurde dann die RGO (Rote Gewerkschaftsopposition) von den Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften als Kader aufgebaut, genauso wie von der NSDAP die NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation). Wir erlebten, daß beide gemeinsam in Gewerkschaftsversammlungen uns als Arbeiterverräter oder Kapitalistenknechte beschimpften und gemeinsam bemüht waren, die Arbeiterschaft nicht etwa hauptsächlich gegen rechts oder links, sondern vor allem gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre aufzuhetzen.

Das alles sind keine theoretischen Überlegungen, sondern Dinge, die ich unzählige Male selbst erlebt habe, und die eine noch so kluge nachträgliche Deutung nicht aus dem Wege schaffen kann.

Den Höhepunkt dieser seltsamen Allianz stellte der Berliner Verkehrsarbeiter-Streik dar, der von Nazis und Kommunisten gemeinsam gegen die Gewerkschaften durchgeführt wurde und der zu einer Kundgebung führte, in der im Berliner Sportpalast *Walter Ulbricht* und *Josef Goebbels* gemeinsam und in der gleichen Versammlung zu diesem Streik gegen die „Gewerkschaftsbonzen“ aufriefen. Bilder von dieser Veranstaltung und diesen beiden Rednern existieren noch in den Archiven.

Die wirkliche Lage war also etwas anders, als *Bernt Engelmann* — den ich als politischen Schriftsteller durchaus schätze — sie darzustellen beliebt. Was nämlich nicht erwähnt wird, ist entscheidender als das, was er in diesem Artikel darstellt:

1. Die letzte wirkliche Chance, der Rechtsgefahr energisch zu begegnen, war jener Tag, an dem die Preußische Regierung *Braun-Severing* von der Regierung *Papen* sich in erbärmlicher Weise verhafteten und gegen jedes Gesetz absetzen ließ. Damals waren noch große Teile der Arbeitnehmerschaft bereit, wenn notwendig mit den Waffen — und der Severingschen

preußischen Polizei — der Reaktion zu widerstehen. Das Reichsbanner — ich weiß es aus eigener Erfahrung — war bereit. Wir meldeten uns spontan bei den uns bekannten Sammelstellen und warteten — vergeblich — auf den Einsatzbefehl von der Zentrale in Magdeburg. Diese Chance wurde vertan. Sträflich und schändlich vertan.

2. In immer steigendem Maße wurden die Arbeiter, Angestellten und Beamten — aber eben auch die Arbeiter — Mitglieder und Sympathisanten der Nazis. Wer das leugnet, verfälscht die Wahrheit. Es waren keineswegs die Söhne von Kommerzienräten, mit denen ich mich in den Straßenschlachten zwischen Reichsbanner und SA mit meinen Kameraden herumprügelte. Es waren in großen Massen die Arbeiter vom Wedding und aus den Arbeitervierteln anderer Berliner Stadtteile, die die Massen der SA und SS stellten. Das mag für uns eine schmerzliche Erkenntnis sein — aber wer sie in Hautnähe erfahren hat, kann sie nicht leugnen oder verschweigen.

3. Es bestand keine Möglichkeit, eine sogenannte Volksfront mit den Kommunisten einzugehen. Sie sahen in uns ihren größten Feind und das Wort: „Laßt doch die Nazis 'ran — nach denen kommen wir!“ war keine naive Parole, die man in jenen Jahren und Tagen oft genug las und hörte. Der Untergang der Weimarer Republik war für die Kommunisten eine unabdingbare Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus, und sie handelten sehr konsequent nach diesem Konzept. Daß sie sich damals furchtbar täuschten ist kein Beweis dafür, daß sie nicht so dachten und so handelten.

4. Eine Einheitsfront gegen rechts — also die Nazis — war deshalb weder möglich noch von den Kommunisten wirklich gewollt. Es sei denn, die Sozialdemokraten wären bereit gewesen, sich ihnen anzuschließen und ihren Parolen und Zielen zu folgen.

5. Der Unterschied zwischen der Situation vor 1933 und heute ist der, daß die Mehrheit des deutschen Volkes leider

und tatsächlich sich mit der Weimarer Republik nicht identifizierte. Die einen waren im Grunde anti-republikanisch, wenn nicht kaisertreu: Ihnen war der Kaiser „verlorengegangen“ und sie wünschten sich insgeheim oder offen dessen Rückkehr. Die anderen waren gegen jede freiheitliche Demokratie und für die Diktatur des Proletariats, Moskau-hörig und sahen in den Sozialdemokraten — wie oft genug auch heute noch — ihren meistgehaßten Feind.

Unter solchen Voraussetzungen war und ist eine Einheitsfront zur Wahrung der Demokratie nicht möglich.

Als 1932/33 die Woge des Nazismus über Deutschland übermächtig einbrach und die Widerstandskraft und der Widerstandswille auch unter den Demokraten erlahmt war, war es tatsächlich zu spät. Man hätte gewiß auch den letzten verzweifelten Versuch des Widerstandes wagen sollen — denn schlimmer als es kam, konnte es nicht werden, aber der Ausgang dieses Verzweiflungsaktes wäre sehr wahrscheinlich trotz furchtbarster Opfer nicht positiv gewesen. Darüber kann man streiten. Ich bin der Überzeugung und war es damals schon, daß man einen solchen Kampf dem erbärmlichen Ende dennoch hätte vorziehen müssen. Ich bin mir aber darüber klar, daß es keine „Erhebung der Massen“ geworden wäre, sondern der letzte Kampf der überzeugten Demokraten.

Welche Lehren können wir also aus diesem furchtbaren Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ziehen?

Gewiß nicht die so einfache und primitive, die Bernt Engelmann mit den Worten darstellt: Die Antwort der DGB-Führung darf nicht, wie 1932/33, darin bestehen, eher mit ihren Feinden von rechts sich zu arrangieren, als mit den Linken in den eigenen Reihen zu kooperieren. — Und der Feind steht immer noch rechts, nicht links . . .

Hier werden große Worte an die Stelle klarer und nüchterner Feststellungen ge-

setzt. Und die sind heute: Der Feind von rechts, das sind jene Reaktionäre, die Engelmann sehr richtig beschreibt. Ihm gilt es, mit Entschiedenheit und Unerbittlichkeit zu begegnen. Aber als Verbündete in diesem Kampf bieten sich nicht jene an, die wie vor 1933 die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung unterwandern, umfunktionieren und mit vielfachen Methoden zu Instrumenten einer Ideologie zu machen versuchen, die nicht die einer freien, demokratischen und sozialen Ordnung ist. Leute, die aufrechte Demokraten und Gewerkschafter heute wie damals als Reaktionäre und Arbeitverräter beschimpfen, und deren Ziel heute wie damals die Errichtung einer Diktatur und eines Einparteiensystems ist, wo immer sie dazu die Chance erhalten.

Es ist und bleibt ein sinnloses, ja unehrliches Bemühen, so grundsätzliche Gegensätze in einer Allianz vertuschen zu wollen, die niemals von Dauer sein kann, weil beide Partner von grundsätzlich anderen Voraussetzungen und Vorstellungen

ausgehen. Daß wir einen gemeinsamen Feind haben, bedeutet längst noch nicht, daß wir einem gemeinsamen Ziel zustreben. Die seltsame Formel, die da lauten müßte: Vereint schlagen — und sich dann gegeneinander schlagen — ist keine Basis für eine Aktionseinheit, die ehrlich ist und auf gemeinsamen Grundvorstellungen basiert.

Alle, die heute eine solche Aktionseinheit vorschlagen, haben aus der Geschichte nichts gelernt — oder wollen versuchen, was ihnen damals mißlang, diesmal mit mehr Geschick zu verwirklichen.

Man wird mich — wie damals — einen Reaktionär, einen „Rechten“ oder sonstwas schelten, wenn ich sage, daß die Gefahr von rechts gewiß groß ist, daß sie aber nur zu bewältigen ist, wenn es uns gelingt zu verhindern, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer — wie damals — den Gegnern der Demokratie von rechts oder links erneut auf den Leim geht.

Ludwig Rosenberg